

Unimut

ZEITUNG AN DER UNI HEIDELBERG

Nr. 32

Auflage 2000

22.1.91

Die Heidelberger Rüstungsfirmen ELTRO und TELDIX : Geschäfte mit dem Tod

Am Montag, 19. Januar 1991 waren viele LeserInnen der RNZ verwirrt. Auf Seite 5 erhob das Friedenskomitee Rhein-Neckar gegen die Firma Eltro schwere Vorwürfe. Es sollte "symbolisch auf die unheilvolle Verbindung deutscher Firmen mit dem Kriegsgeschehen hingewiesen werden." Auf Seite 7 dann die Antwort der Firma Eltro: "Alle Exporte der Eltro GmbH unterliegen der gesetzlichen Kontrolle nach den Bestimmungen über Rüstungsexporte nach dem Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland."

Die folgenden Daten wollen etwas Licht ins Dunkel bringen: Die Firma Eltro zog 1958 nach Heidelberg; ab 1976 erfolgte der Umzug auf den derzeitigen Firmensitz im Pfaffengrund (Kurpfalzring 106). Sie entwickelt und produziert Laserentfernungsmesser, optronische Visiere, Nachtsichtgeräte und Wärmebildgeräte. 1982 lag der Anteil dieser militärischen Güter am Umsatz bei ca. 80%.

Eltro und Irak:
In den Jahren 1978, 1981 und 1982 wurden von dem deutsch-französischen Rüstungskonglomerat MBB/Euromissile die Flugabwehrraketen Roland (12 0 Stück!), sowie die Panzerabwehrwaffen Hot bzw. Milan (9600 Stück!) an den Irak geliefert. Bedeutende Komponenten dieser Waffensysteme wurden in Heidelberg bei Eltro entwickelt und produziert.

Die Firma Teldix:
Sie wurde 1960 gegründet und gehört seit 1981 zu 100% der Boschgruppe (Stuttgart). Teldix entwickelt und produziert Kartengeräte, sowie Fahrzeugnavigationen und Orientierungsanlagen. Diese Komponenten wurden in die Waffensysteme Starfighter, Hawk, Tornado und Alphajet eingebaut.

Teldix und Irak:
Im Jahr 1978 lieferten MBB/Euromissile bzw. die Firmen Dornier/Dassault 60 Kampfhubschrauber, 26 Alphajets und 150 Roland Flugabwehrraketen. 1981 gelangten 24 weitere Kampfhubschrauber, 1982 1050 weitere Roland Flugabwehrraketen (vgl. Eltro) in den Irak. Wieder wurden bedeutende Komponenten dieser Waffensysteme in Heidelberg entwickelt - diesmal bei Teldix.

Folgende Fragen sind zu stellen:

Eltro und Teldix lieferten Komponenten von Waffen, die 1981 bzw. 1982 in den Irak geliefert wurden. Damals herrschte der blutige Krieg zwischen dem Irak und dem Iran. Die Aussage der Firma Eltro (RNZ vom 19.1.91), nach dem Embargo gegen den Irak kein wehrtechnisches Material in den Irak bzw. in Spannungsgebiete vorgenommen zu haben, ist unglaublich - denn schon 1981 erfolgten wie gezeigt Lieferungen in Spannungsgebiete.

Die Beteuerung, daß die Ausfuhren (vom Bundesamt in Eschborn) kontrolliert wurden, bietet wenig Sicherheit: In den Jahren 1981-1990 erlaubte dieses Bundesamt Lieferungen von Chemikalien und Anlagen in den Irak, mit denen seit 1982 Giftgas im Irak produziert wird.

Laut einer Meldung der TAZ (16.1.91) ermittelt die Staatsanwaltschaft Heidelberg gegen Richard von Weizsäcker. Es wird untersucht, ob Weizäcker als Aufsichtsratsmitglied der Boschgruppe im Zusammenhang mit der Firma Teldix gegen geltendes Recht verstoßen habe. Gibt es Unregelmäßigkeiten bei Bosch bzw. Teldix?

Quellen:
Rüstungs-Informationsbüro Oberndorf
Tatort Irak (November 90) herausgegeben vom Kommunikationszentrum Idstein

Aktionen und Arbeitskreise in dieser Woche:

unweit: -Ak "Ruestungsforschung an der Uni HD und an Heidelberger Betrieben"
Kontakt: Andreas (Tel.: 49156)

-Mahnwache bei der Ruestungsfirma Teldix
Di. 8.00 Uhr
Grenzdoerfer Weg 36 (Wieblingen)

-Mahnwache bei der Ruestungsfirma Eltro
Mi. 6.30 Uhr
Kurpfalzring 100
Treff: 6.00 Uhr
Bismarckplatz

-Ak "Berichterstattung weltweit"
gesucht werden vor allem Leute mit Fremdsprachenkenntnissen
Kontakt: Kasträ (TEL.: 542456/7)

-Mahnschweigen am Rathausplatz
täglich 17.00-18.00 Uhr

-Ak "Golfkrise"
montags 17.00 Uhr
Studihaus

-allgemeine Aktionen:
Tragen von weißen Binden
Kraniche aus den Flugis basteln (werden im Kasträ gesammelt)

PH: -aktiver Streik bis Mittwoch

-Vollversammlung
Di. 10.00 Uhr

FS Sozio: -Podiumsdiskussion zur logie "Zentralismusproblem Moskau-Baltikum"
Freitag, genaue Uhrzeit und Ort werden noch bekanntgegeben

-Ak's zu folgenden Themen:
Öffentlichkeitsarbeit
Beteiligung der BRD im Golfkrieg
Fundamentalismus

-Berichte aus den Ak's
täglich! 12.30
Koordinationszentrum

WEITER AUF DER RÜCKSEITE G

Bericht aus Bagdad

Georg Stein, Nahost-Journalist aus Heidelberg,
informierte über die Hintergründe des Golfkrieges

Nachdem die Anwesenheit von 400 Studis unterschiedlichster Fachrichtungen in der Aula der Neuen Uni auch Privatdozent Dr. Kern und seine Getreuen davon überzeugen mußte, daß er an diesem Montag für seine Vorlesung einen anderen Ort finden mußte; nachdem der Hausmeister mal eben wie selbstverständlich den Diaprojektor installiert und für Verdunkelung gesorgt hatte, konnte Georg Stein, freier Journalist mit Schwerpunkt Nahost, der z.Z. vornehmlich für DIE ZEIT und den SDR arbeitet, mit seinem "Bericht aus Bagdad" beginnen. Gerade zurück aus dem Irak zeigte er sich empört über die Einseitigkeit der Berichterstattung, über die Art, wie der Krieg zu einem Krieg gegen Objekte verkehrt wird. Es war ihm ein Anliegen, dem Irak -wie er es nannte- ein Gesicht, Gesichter zu geben, indem er über die Situation der Menschen dort, einen Hintergrund, der sonst vernachlässigt wird, informiert. Es sind eben nicht nur Objekte, Fabriken, Ministerien, die vom Bombenteppich der Alliierten überzogen werden, sondern, Männer, Frauen, Kinder, die in Bagdad -so Stein- ohne jeden Zivilschutz (Bunker) "zurecht kommen müssen". Zwei Millionen Menschen seien, obwohl schon viele geflohen sind, noch in der irakischen Hauptstadt. 50 Prozent der Bevölkerung des Iraks sind zwischen 1 bis 15 Jahren alt... Jede Berichterstattung, die zu suggerieren versucht, Menschen seien nicht betroffen, ist mehr als zweifelhaft. Dennoch, trotz der durch den Krieg katastrophalen Lage der Irak, unterstrich Stein, stünden sie hinter Husseins Kuwaitpolitik der "Vereinnahmung", wenn auch über die Art und Weise seines Vorgehens die Meinungen auseinandergingen, friedliche Lösungen breitere Unterstützung gefunden hätten. Prinzipiell aber halten viele Irak, Kuwait aus histori-

schen Gründen für eine ihrer Provinzen. Inwieweit ihre Meinung, ihr Verhalten aber durch die demagogische Allgegenwart Husseins manipuliert ist, bleibt dahingestellt. Dieser weiß sich in ausuferndem Personenkult, durch geschickte Manöver in religiöser Argumentation (im Iran/Irak-Krieg wettete er noch gegen den religiös-politischen Fanatismus Chomeinis, heute versucht er, über religiöse Begründungsmuster die islamische Welt hinter sich zu sammeln) gut zu verkaufen. Auch seine neuerlichen Zugeständnisse an die Interessen der PLO, um deren Belange er sich früher nicht gekümmert hat, machen ihn politisch nicht unverdächtig, sondern lassen auch hier vermuten, daß er um Sympathisanten für seine Sache buhlt. Nach einem gut 40minütigen mit Dias illustrierten Vortrag, dem zwar der/dem aufmerksamen und mißtrauischen ZeitungsleserIn nichts bahnbrechend Neues brachte, aber bewußt und pointiert die "andere Perspektive" wählte als die der gängigen Kriegsberichterstattung, begann eine inhaltliche Diskussion, in der auch Stimmen laut wurden, die dem Referenten mangelnde "Ausgewogenheit" vorwarfen. Leider -oder bezeichnenderweise- blieben zur Untermauerung des Vorwurfs Argumente, ausser dem des latenten Antiamerikanismus, aus. Mehr als deutlich wurde mir aus der Art der Nachfragen, daß ein dringender Bedarf an inhaltlicher Arbeit über historische und politische Zusammenhänge besteht, und daß wir Zeit brauchen, um uns den Argumentationspool zu schaffen, aus dem wir in Streitgesprächen über Sinn und Unsinn dieses Krieges schöpfen können müssen.

Evamaria Bohle



3. Kritische Tage von 25. Januar

UHRZEIT	MITTWOCH 23.1.	DONNERSTAG 24.1.	FREITAG 25.1.
10.00	AK-Spielen (Fachschaftsraum)	Der Einflug des psychologischen (Fachschaftsraum)	11.001 Männer und Portografie (UR A)
14.00	Chaos-Theorie (UR D)	Strukturelle Gewalt (UR D)	Frauen, Männer u. Portografie (UR D)
	Frauen u. Portografie (UR A)	Körperbaukasten (UR C)	ab 20.00 es Fest es EMS-Keller

FS Ge-: -Veranstaltung zur Palästina-Frage
Di. 10 c.t.
Historisches Seminar

-Veranstaltung zu Rüstungsexporten
Mi. 14. c.t.
Historisches Seminar

FS Theo-: -aktiver Streik bis nächsten Freitag

- Ak's zu folgenden Themen:
1. Islam als staatenverbindende Einheit - Fundamentalismus
 2. Friedensethik
 3. Israel: Perspektiven eines multikulturellen Staates
 4. Widerstand der Friedensbewegung in der USA im Vietnamkrieg
 5. Predigten gegen den Golfkrieg erarbeiten/Analyse der Bush-Reden
 6. Ökonomische Verflechtung (Irak/Kuwait/USA)...

-In der Bibliothek (Kisselgasse I) gibt es Infos und Material zu den Themen und Projekten...

-Infos der Koordinationsgruppe gibt's: Möglicherweise von 10.00 bis 12.00 bzw. 16.00 bis 18.00 in der Teeküche
2. Stock, Kisselgasse I

FS Medi-: -Vollversammlung
Di. 12.30
INF 306 HS I

FS Phar-: -Vollversammlung
Mi. 11.00
INF 306 HS 2

Resolution zum Golfkrieg

Wir haben geschlafen 1979, als der Irak von westlichen Firmen hochgerüstet wurde, um den Iran zu bekämpfen.
Wir haben geschlafen am 2. August 1990 bei der Besetzung Kuwaits durch den Irak.
Wir haben geschlafen am 29. November 1990 bei der Festsetzung des Ultimatums durch den UN-Sicherheitsrat.
Das ist schlimm genug - wir dürfen nicht länger schweigen. Darum verabschieden wir folgende Resolution:

Wir verurteilen die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen und fordern ihren Rückzug.
Wir verurteilen die vorschnelle Verabschiedung der UNO-Resolution, die den Einsatz militärischer Gewalt ab dem 15.1.1991 legitimierte.
Wir fordern sofortigen Waffenstillstand, um die Eigendynamik des Krieges zu durchbrechen und eine weitere Eskalation zu verhindern.
Hierbei denken wir besonders an das Leid der Zivilbevölkerung in Kuwait und im Irak.
Wir fordern neue Friedensinitiativen der

UNO und die Einberufung einer Friedenskonferenz für den Nahen und Mittleren Osten unter Berücksichtigung aller ethnischen Minderheiten. Der Rückzug der irakischen Truppen soll nicht zwingende Voraussetzung, sondern Folge der Verhandlungen sein. Ebenso fordern wir langfristig den Abzug der multinationalen Truppen aus der Region.

Wir fordern die Fortsetzung und die konsequente Einhaltung des Embargos gegen den Irak.

Wir fordern das sofortige Verbot aller Rüstungsexporte und verschärfte Kontrollen. Wir fordern die Beendigung jeglicher Rüstungsforschung an Universitäten.

Eine friedliche Ordnung im Nahen und Mittleren Osten ist uns wichtiger als niedrige Ölpreise und wirtschaftlicher Profit.

Resolution der auf der Vollversammlung am 21.1.91 anwesenden Studierenden

Selbstbesinnung nach dem Absturz

"Sind die Grünen noch zu retten?"

Am 18.12. 90 luden die Grünen Heidelberg zu einer Krisensitzung in den Ziegler. Anlaß war das Wahldebakel bei der ersten gesamtdeutschen Wahl. Das Motto lautete, krisenbewußt und hoffnungsfroh zugleich, "Sind die Grünen noch zu retten?" Nun, da sie nach sieben langen oder kurzen Jahren, wie immer mensch es sehen will, aus dem Bundestag geflogen sind, wurde der Dialog mit den sozialen Bewegungen, bzw. dem, was von ihnen noch übrig ist, gesucht. Denn offensichtlich hat da etwas nicht gestimmt in der Zusammenarbeit mit der "Bewegung", im Zusammenspiel von Stand- und Spielbein, und so falsch ist diese Annahme ja auch nicht.

Die BürgerInnenbewegungen der 70er und 80er Jahre, die Anti-AKW- und die Friedensbewegung hatten eine äußerst kritische Haltung dem Staat, dem Repräsentativsystem gegenüber. Denn irgendetwas konnte doch nicht stimmen mit einem System, das vorgibt, die BürgerInnen zu vertreten, und dann, ohne mit der Wimper zu zucken, Gesundheit und Leben eben dieser BürgerInnen aus wirtschaftlichen oder machtpolitischen Erwägungen aufs Spiel setzt. Deshalb wurde eine andere Form der Demokratie gepробt, die direkte Demokratie. Und obwohl die sozialen Bewegungen nicht über den staatlichen Machtapparat verfügten, konnten sie mit ihren Demonstrationen und Blockaden doch Macht ausüben, indem sie einen gesellschaftlichen Diskussionsprozeß in Gang setzten.

Als die Grünen auf dem Rücken dieser Bewegungen in den Bundestag einzogen, nahmen sie auch diese Systemkritik mit, sie traten an als "Anti-Parteien-Partei", wollten einen "Anti-Parlamentarismus-Parlamentarismus" installieren. Und allein schon der Anblick von Strickpullovern und langen Bärten in der geschneiegelten Welt des Parlaments wirkten provozierend (selbst die Turnschuhe bei Joschkas Verteidigung hatten noch was). Stärker aber stellte die Parteistruktur die etablierten Parteien in Frage, der Verzicht auf SpitzenkandidatInnen und Parteivorsitzende, das Rotationsprinzip, die fehlende Parteidisziplin und die daraus resultierenden "produktiven" Streitigkeiten. Mit der Zeit aber gewöhnten sich die Grünen mehr und mehr an die parlamentarischen Verhaltensweisen, das Rotationsprinzip wurde ausgehöhlt, die "Bluttat" Schwalbach-Hohts blieb ein Einzelfall. Jetzt wird über Parteivorsitz und SpitzenkandidatInnen diskutiert. (Dies soll kein moralisierender Vorwurf sein, es wurde nur übersehen, daß die Institutionen doch die Menschen stärker verändern als umgekehrt.)

Außerdem ist eine gegenläufige Entwicklung festzustellen. Durch die Anwesenheit einer kritischen Partei wurde das Parlament wieder rehabilitiert. Z.B. konnte sich die lobenswerte Aufklärung des Flick-Skandals durch Otto Schily als Selbstreinigung des Parlaments verkaufen. So fühlte sich ein Teil der kritischen Bevölkerung durch die Grünen im Parlament vertreten, während sich ein anderer Teil - die Autonomen, HausbesetzerInnen und Teile der Anti-AKW-Bewegung - radikalisierte und selbst zu den Grünen kein sonderlich positives Verhältnis hat.

Das Projekt, durch parlamentarische Arbeit das Parlament zu kritisieren, darf wohl als gescheitert angesehen werden. Und auch als Spielbein der sozialen Bewegungen im Parlament haben sich die

Grünen nicht bewährt. Daß es die großen Bewegungen nicht mehr gibt, ist sicherlich nicht die Schuld der Grünen. Doch die parlamentarische Arbeit mit ihren Möglichkeiten, durch Anfragen im Bundestag und Medienpräsenz Probleme schnell zu thematisieren, unterscheidet sich stark von der Arbeit in sozialen Bewegungen. Hier dauert der Politisierungsprozeß sehr viel länger, bewirkt dann aber auch eine intensivere Auseinandersetzung bei breiten Bevölkerungsschichten, als es bei der durch die Medien transportierten Tagespolitik der Fall ist. Denn genauso schnell wie im Parlament ein Thema auf der Tagesordnung steht, ist es auch wieder verschwunden. Diese beiden Arbeitsformen ergänzen sich nicht, sondern stehen sich im Wege. Dank ihrer Möglichkeiten liegt die politische Initiative bei der Partei, die Arbeit außerhalb der Parlamente erscheint weitgehend unnötig.

Nun gut, die Grünen (West) sitzen nicht mehr im Bundestag, sind raus aus dem großen tagespolitischen Geschehen. Jetzt ist Denkpause angesagt, Denkpause für die Partei und für die "Bewegung". Die Grünen sind dabei, den Weg zur etablierten Reformpartei zuende zu gehen. Da ist es nur konsequent, wenn die großen Streitigkeiten vermieden werden, wenn Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und besseren Darstellung in den Medien gesucht werden, wenn die Parteistruktur gestrafft wird, wenn telegene Köpfe für die nächsten Wahlen gesucht werden. Sie wollen und sollen nur noch Partei sein. (Ein deutliches Symptom sind die Pläne, den Ökofonds zur Sanierung

Fortsetzung von "Hochschule..."

Recht als überholt, im Streik vom WS 88/89 wurde kein Ersatz geschaffen. Die FS leisten also praktisch nur Service-Arbeit, obwohl deren Doppelgesicht bekannt ist. Denn neben der Hilfe für die einzelnen Studierenden wird hierdurch auch die Institution stabilisiert, der Studienalltag erträglicher gestaltet.

Die Lage in Heidelberg spiegelt die Situation der bundesweiten studentischen Politik wider. Nach dem Zusammenbruch des bundesweiten Dachverbandes und der Wiedervereinigung wird die Diskussion um einen neuen Dachverband auf erstaunlich niedrigem Niveau geführt. Gegen eine ständische Interessenvertretung wird immer wieder bekenntnishaft das politische Mandat ins Feld geführt, ohne daß je gefragt wird, wie dieses denn inhaltlich zu füllen sei.

Der Kongreß "Hochschule und Gesellschaft" in Frankfurt ist in dieser desolaten Situation ein echter Hoffnungsschimmer. "Die Analyse der Funktion der Hochschule im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Reproduktion und des Wandels dieser Funktion anzustoßen, eine Selbstverständigung über das eigene Verhalten in der Institution und die Möglichkeiten, von der Sicherheitszone oder der sozialen Basis der Hochschule aus den Kampf gegen die Institutionen, den Kampf um Wohnraum und um soziale Befreiung zu führen - solche Diskussionen zu beginnen, Klarheit über die Verhältnisse sich zu verschaffen, dazu soll der Kongreß dienen" (Aus dem Kongreß-Aufruf)

Hier ein ganz kurzer Programmabriss:

Freitag: Podiumsdiskussion zum Thema

der angeschlagenen Parteifinzen zu verwenden.) Um den Sprung in den Bundestag zu schaffen, bedarf es aber noch einer inhaltlichen Standortbestimmung, die sich an den Gegebenheiten der BRD der 90er Jahre orientiert, inclusive der unangenehmen Frage des Anschlusses der DDR.

Für die "Bewegung", für Menschen, die politische Perspektive außerhalb der Parlamente suchen, ist es an der Zeit, sich ein Selbstbewußtsein wiederanzueignen, das nicht auf Repräsentation in den Parlamenten angewiesen ist. Helfen können dabei die Grünen-Mitglieder, die den Weg zur etablierten Partei nicht mitgehen wollen. Betätigungsfelder gibt es genug, auch in Heidelberg. Es gibt hier eine kleine, aber aktive HausbesetzerInnenzene; die Uni ist schon lange kein Ort der kritischen Gesellschaftsreflexion mehr; der Widerstand gegen den Golfkrieg harret der Organisation.

Notwendig ist eine klare Trennung zwischen Partei und "Bewegung", wobei diese Trennung durchaus nicht Gegenrinnenschaft bedeuten muß. Die Grünen in den Parlamenten haben durchaus ihre Berechtigung als ökologische Reformpartei, als Ideensteinbruch für die mehrheitsfähigen Parteien. Doch für einen Demokratisierungsprozeß sind die "Bewegungen", Formen von direkter Demokratie und Selbstorganisation jenseits der Repräsentation unverzichtbar.

Torsten Sommerfeld & Stephan Stockmann

"Relevanz der Hochschule als Ort kritischer Theoriebildung. Welche Möglichkeiten praktischer Kritik bieten die Hochschulen heute noch?"

Samstag: Diskussionsforen zu den Themen

- 1) Internationalismus
- 2) Wissenschaftskritik
- 3) Feminismus
- 4) Konsequenzen staatlicher Europapolitik
- 5) Geschichte studentischer Organisation
- 6) Theoriebildung als radikale Kritik am Beispiel neuer Formen der Dissoziation des Sozialen der Gesellschaft des neuen Deutschland - Einheit als Zwang und Destruktion: Die Jugend zwischen Anpassung und Revolte.
- 7) Das Modell Gegenöffentlichkeit

Sonntag: Podiumsdiskussion zum Thema "Perspektiven eines studentischen Dachverbandes"

Zu den Podien und Diskussionsforen sind "hochkarätige" ReferentInnen geladen (z.B. E. Krippendorf, B. Nirumand, I. Strobl), nicht, um uns das Denken abzunehmen, sondern um durch neue Gedanken Diskussionsprozesse anzustoßen.

Alle Interessierten bekommen einen umfangreichen Vorbereitungsreader zugeschickt. Der Kongreß kostet keinen Beitrag, das Essen wird zum Selbstkostenpreis angeboten, zum Schlafen müssen Schlafsack und Isomatte mitgebracht werden.

Von Heidelberg fährt ein Bus für 10 DM nach Frankfurt und zurück.

Treffpunkt: 18.1., 15 Uhr, Bauhaus

Kontakt: KASTRA, Lauerstr.1, Tel. 542457
oder: Torsten Sommerfeld, Tel. 161258

Am Do., 24.1.20.00 h findet im Dachgeschloß
des Studhauses ein Vortrag über das neue Aus-
ländergesetz statt

UNIMUT

16.1.1991

BEILAGE

UNI-VV
DO 17-7
18 UHR
NEUE AULA

"Bildung statt BONNanen"

Wie die Bildungslandschaft der FNL gleichgeschaltet wird

1. FORSCHUNG darf - so der Bundesforschungsminister Riesenhuber - kein Selbstzweck sein. Vielmehr muß sie dazu beitragen, mit neuen Technologien den unbestreitbaren Nachholbedarf in der Wirtschaft der Fünf Neuen (Bundes-) Länder (FNL) zu decken. Er denkt hierbei vor allem an Informationstechnologien, Biotechnologie, die Verarbeitung chemischer Produkte oder neue Umwelttechnologien im Maschinenbau. Für leistungs- und marktorientierte Forschung in den FNL hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie auch eine flankierende Hilfe von rund 200 Millionen DM eingebracht. Weiteres Geld erhofft sich Riesenhuber von westdeutschen Unternehmen.

Von einem derartigen Engagement für die Lehre ist nichts zu hören. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung, dessen Fachleute zur Hochschulbildung, -planung und -didaktik nicht nur in einer Umbruchphase bitter nötig sind, soll aufgelöst werden.

2. "DIE SCHÄDEN, die wir an den Kindern haben, sind größer als die Schäden in der Wirtschaft", erklärte der Thüringer Ministerpräsident Duchac (CDU). "Wir haben zwar fast 28000 Lehrer, aber ich weiß nicht, wieviele davon in der Lage sind, das, was sich nach der Wende entwickeln mußte, zu vertreten." Wie auch, wenn keine gezielte Fortbildung der Lehrkräfte erfolgt, viele Schulbücher noch aus DDR-Zeiten stammen, Geld für neue Bücher fehlt und auch West-Schulbücher teilweise überholt sind.

Überholt werden seit Dezember die Schulgesetze der süddeutschen Bundesländer: um aus ihnen "Entwürfe" für die Schulgesetzgebung der FNL zu machen. Die Übernahme des westdeutschen Schulsystems (Auffächerung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium) steht - abgesehen von Brandenburg, das die Gesamtschule favorisiert - außer Frage. Übernommen wird auch die zentrale Aufsichtsstruktur. Während in der DDR die Lehrkräfte von den Kommunen beschäftigt wurden, sollen jetzt über den Schulen Schulämter, über diesen Oberschulämter und "ganz oben" das Kultusministerium thronen.

Öffentliche Diskussion hierüber findet kaum statt; in Sachsen machte sich schon ehe die neue Regierung gewählt wurde ein Arbeitsstab westdeutscher Beamter (u.a. aus Baden-Württemberg) an einen "Entwurf". Wie in den anderen FNL ist seine Verabschiedung als Gesetz letztlich nur mehr eine Frage der Zeit - die Parlamentsmehrheiten sind bekannt. Zwar sind die Entwürfe teilweise liberaler als ihre süddeutschen Vorbilder, relativ zu den übrigen, fortschrittlicheren alten Bundesländern sind sie allerdings ein Rückschritt.

Von den neuen Hochschulgesetzen läßt sich ähnliches befürchten.

3. "DIE ABGEORDNETEN machen jetzt die Politik und nicht Sie. Das ist Demokratie." Mit diesen Worten reagierte der sächsische Landwirtschaftsminister Jähnchen (CDU) auf studentische Proteste gegen die Umstrukturierung der sächsischen Hochschulen.

Der Artikel 13 des Einigungsvertrages erlaubte den Regierungen der FNL, bis zum 2. Januar diejenigen akademischen Einrichtungen aufzulösen bzw. neuzuschaffen, die eine "deutlich veränderte Aufgabenstellung" erhalten sollten.

Es ist unbestreitbar, daß sich Fächer wie Jura, Ökonomie, Marxismus-Leninismus verändern müssen, ebenso Geschichte, Kriminalistik, Pädagogik, Literaturwissenschaft..., Fächer, die primär die SED-Herrschaft ideologisch festigten. Angesichts völlig veränderter Lehrstoffe und Arbeitsmarktbedingungen stehen verständlicherweise die fachliche Qualifikation der bisherigen Lehrkräfte, die wissenschaftliche Qualität des Studiums und die Berufschancen derer, die einen DDR-Abschluß haben, zur Diskussion. Die Verlegung ganzer Einrichtungen von einem Ort an einen anderen, die ersatzlose Auflösung ganzer Studiengänge, eine Entlassung von Lehrenden ohne soziale Absicherung, eine unreflektierte Ersetzung SED-belasteter Fächer und Personen durch solche westlicher Herkunft können nicht die Antwort sein. Ein derart massiver Eingriff in Lebenssphäre und soziales Umfeld von Menschen ist nicht zu verantworten.

Ebendies aber läßt der Artikel 13 einigungsvertrag unter dem Decknamen "Abwicklung" zu. Im Zuge der Abwicklung sollen unter anderem zwar die Stasi-durchsetzte Kriminalistik, aber auch die Journalistik in Leipzig ersatzlos "abgewickelt" werden; die dortige "Militärmedizin" hingegen soll zur "Katastrophenmedizin" werden, ein auch in der alten BRD umstrittenes Fach.

Die Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften, in denen ein Großteil der DDR-Forschung stattfand, werden aufgrund eines Zusatzabkommens zum Einigungsvertrag gesondert umstrukturiert: Evaluierungskommissionen des Wissenschaftsrats in Köln, bestehend aus westlichen (nicht nur deutschen) Wissenschaftlern, begutachten die betreffenden Einrichtungen und entscheiden, ob oder wie sie weiterbestehen können. Problematisch ist, wie diese in einem anderen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld sozialisierten Gelehrten, Einrichtungen

und Personen bewerten sollen, die unter anderen Prämissen arbeiteten, teilweise systematisch am Forschen und Lehren gehindert wurden oder nicht publizieren konnten. Ganz abgesehen davon, daß man anderen Denksätzen nur langsam gerecht werden kann.

4. "AN UNIVERSITÄTEN, an denen reformwillige Kräfte relativ stark sind, wie in Jena, mag die angestrebte Selbstreinigung Aussichten haben", stellte selbst der Münchner Historiker H.C. Meier, Mitglied der Evaluierungskommission des Wissenschaftsrats, fest. Obwohl es gerade nicht die Intellektuellen waren, die den Sturz des alten Regimes in der DDR herbeiführten, und obwohl Studierende und Lehrende sich durchaus in engen ideologischen Rahmen bewegen mußten, konnten sich also reformwillige Kräfte bilden - neben SED-Seil- und Sippschaften. Sie in die Umstrukturierung zu integrieren, könnte dazu beitragen, die DDR-Ansätze fortzuführen, die neue positive Impulse für eine gesamtdeutsche Bildungslandschaft geben könnten. Nicht alles, was aus dem Westen kommt, ist daher gleich das einzig Wahre. Der sächsische Wissenschaftsminister Meyer scheint aber davon auszugehen: "Wenn ich die Abwicklung benutzen will, um alte Strukturen zu beseitigen, dann kann ich doch nicht davon ausgehen, daß so etwas mit den Betroffenen verhandelbar wäre." Diese Haltung ist abzulehnen. Einer ausschließlichen Orientierung an Effizienz, einer engeren Verknüpfung von Universität und Wirtschaft, einer dogmatischen Ausrichtung an neokonservativen Wissenschaftsauffassungen muß auch im Osten entgegengetreten werden. Betroffenen müssen immer an Entscheidungsprozessen, in denen es um die Zukunft des "einig Vaterland" geht, beteiligt werden. "Ossies und Wesies haben die BRD nur anders interpretiert. Es kommt darauf an, sie zu verändern." Dieses Motto der protestierenden Studierenden aus Berlin scheinen beide Seiten zu teilen. Es kommt darauf an, wer definiert, was "verändern" heißt.

Kirsten Pistel

Hochschule und Gesellschaft

18.-20.1.: Ein Kongress in Frankfurt sucht neue Konzepte

Die hochschulpolitische Situation an der Uni Heidelberg kann mensch nicht gerade zu Begeisterungsstürmen hinreißen. Auf der einen Seite haben wir die Fachschaftskonferenz (FSK), die ihre Integrationskraft weitgehend aus der Forderung nach der Verfaßten Studierendenschaft zieht, sonst aber kaum politische Diskussionen in der Uni-Öffentlichkeit setzt. Sie hat Mühe, den Initiativen von Landesregierung und Universität zu folgen und kann daher nur mit Betroffenheit und wenig fundiertem Protest reagieren.

Auf der anderen Seite sind da die hochschulpolitischen Gruppen, die ihre Integrationskraft aus einer kleinkarierten

Kritik an der FSK gewinnen, sich sonst um das hehre Ziel besserer Fahrradwege in Heidelberg kümmern oder von Wahlkampf zu Wahlkampf ihrer Mutterpartei Tribut zollen.

Die Fachschaften (FS) sind von Nachwuchssorgen geplagt, sie beschränken sich mehr und mehr auf Fetenorganisation und Institutsinterna. Der Mangel an theoretisch-analytischer Arbeit wird von den FachschaftlerInnen zwar erkannt, aber es fehlen die Konzepte einer rebellischen Subjektivität, die dem Verwertungsinteresse von Universität und Gesellschaft entgegengesetzt werden könnten. Die 68er-Konzepte erscheinen zu
bitte wenden